

**Pressesprecher  
Bernd Sanders**

Landeshaus  
24100 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444  
Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>  
e-mail: [fraktion@cdu.landsh.de](mailto:fraktion@cdu.landsh.de)

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Nr. 180/00 vom 9. Juni 2000**

Frauke Tengler:

**Zusätzliche sozialpädagogische Kompetenz  
in die Schulen – CDU bleibt am Thema**

Seit langem beschäftigt die CDU sich mit der Frage, wie den Schulen des Landes durch zusätzliche sozialpädagogische Kompetenz Hilfestellungen bei der Erfüllung ihres Erziehungsauftrages gegeben werden können.

„Bei unseren Besuchen vor Ort und den Gesprächen mit Lehrern, Eltern und Kommunalpolitikern wird das Thema immer wieder und mit großer Eindringlichkeit an uns herangetragen“, begründet Frauke Tengler ihre Kleine Anfrage zur Anzahl und Aufgabenstellungen der Sozialpädagogen an schleswig-holsteinischen Schulen. Der Ruf der Lehrerinnen und Lehrer nach sozialpädagogischer Unterstützung müsse ernstgenommen werden. Dabei gehe es nicht darum, eine Schulart oder die Schulen im Lande schlecht zu reden, sondern im Gegenteil auf ihre Sorgen und Bedürfnisse einzugehen.

„Die Hauptschulen sind in diesem Bereich besonders auf unsere Solidarität und Unterstützung angewiesen, denn die Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer steigen auch mit einem anspruchsvollen, in vielen Fällen aber auch schwer beschulbare Schüler“, so Frauke Tengler, die jede positive Initiative in diesem Bereich als einen Beitrag zur inneren Stärkung der Hauptschulen wertet. Die Bedürfnisse der Schulen ernst nehmen, heißt in diesem Zusammenhang immer, die geleistete Arbeit vor Ort zu honorieren.

Frauke Tengler: „Die CDU bleibt hinsichtlich der Stärkung der Hauptschule die treibende Kraft im Land. Der von der CDU initiierte interfraktionelle Antrag zum Schuleschwänzen hat erst gestern einen deutlichen Erfolg davon getragen. Einzig die Bildungsministerin gibt sich pikiert, aber damit kommen wir nicht weiter, denn Schulen, Lehrer, Eltern und Schüler sowie Schulträger sind an einem Punkt angekommen, wo die politische Verantwortung nicht mehr an die Betroffenen weg

delegiert werden kann. Hier ist das Land gefragt und ich will wissen, wie es mit dieser Verantwortung umgeht. “